

<http://www.derwesten.de/staedte/nachrichten-aus-olpe-wenden-und-drolshagen/gestaltungssatzungen-soll-es-an-den-kragen-gehen-id11798497.html>

CDU-Vorstoß

Gestaltungssatzungen soll es an den Kragen gehen

04.05.2016 | 18:50 Uhr



Luftbild von Drolshagen. In manchen Teilen der Stadt gibt es Gestaltungssatzungen, die immer mal wieder für Ärger sorgen.

Foto: Hans Blosssey

Dass etwas geändert werden soll, darüber sind sich die Drolshagener Politiker einig, aber noch nicht, in welchem Umfang und wo?

Ein Stein, der so manchen Drolshagener Bürger im Schuh drückt, könnte am Abend im Stadtrat ins Rollen gekommen sein: Gemeint ist eine Aufweichung der Gestaltungssatzungen in den Ortskernen, womit beispielsweise festgelegt wird, welche Farbe oder Form eine Hauswand, ein Dach oder die Fenster haben müssen.

Für die CDU-Fraktion fasste Georg Melcher den Antrag in Worte. Kurzform: Man will den Gestaltungssatzungen an den Kragen, da der bau- und sanierungswillige Bürger sich zunehmend gegängelt fühle. Melcher: „In manchen Gebieten muss ein Hausbesitzer, der seine Außenwand streichen will, einen Bauantrag stellen. Es gibt immer wieder Ärger.“ Selbst ein grauer Fensterrahmen könne zum Problem werden.

Keine Kulturhaus-Hintertüre

Melcher stellte aber auch direkt klar, dass der Antrag nicht als Hintertür für ein neues Kulturhaus verstanden werden sollte. Zur Erinnerung: Die Pläne für ein neues Kulturhaus hatten die Politik wochen-, ja monatelang beschäftigt, da sie gegen die Satzung für den Drolshagener Ortskern verstoßen hatten.

Die Verwaltung, so der CDU-Antrag, solle beauftragt werden, alle Gestaltungssatzungen zu überarbeiten und „bürgerfreundlichere Fassungen“ vorzulegen. Melcher wollte das als Einstieg in eine Diskussion verstanden wissen.

Deutlich wurde daraufhin, dass in allen Fraktionen Einmütigkeit herrschte, sich mit dem Thema zu befassen, aber die Formulierung des CDU-Antrags sei zu unkonkret.

Reformbedarf aufzeigen

UDW-Fraktions-Chef Dr. Christoph Buchholz konnte dann den Weg zur einstimmigen Abstimmung ebnen, indem er vorschlug, die Verwaltung solle erst einmal den vorhandenen Reformbedarf aufzeigen. Denn grundsätzlich, so Buchholz, hätten Satzungen natürlich den Sinn, gewisse Freiheiten zu nehmen, hier beispielsweise einem Ortskern durch Fenster- und Fassadengestaltung ein einheitlicheres Erscheinungsbild zu geben.

Bürgermeister Ulrich Berghof versicherte, die Verwaltung kenne die Probleme, die auftauchten. Und Ratsherr Andreas Wigger (CDU) bestätigte: „Im Rathaus weiß man, wo der Schuh drückt.“ Wigger appellierte, man müsse etwas ändern. Auch die CDU wolle „keine kunterbunte Kernstadt“, aber: „Wir müssen da moderner werden.“

Die Ratspolitiker einigten sich auf den Buchholz-Vorschlag. Über die Ergebnisse der Verwaltungsprüfung solle dann in der nächsten Bauausschuss-Sitzung beraten werden.

Josef Schmidt